

Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Stärkung des Tourismus - ohne neue Steuer

Der Tourismus ist für den Standort Bern ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Er trägt mit einer Wertschöpfung von 920 Mio. Franken pro Jahr und einer Beschäftigungswirkung von 6.2% wesentlich zur Entwicklung unserer Stadt bei. Die Vermarktung von Bern als bereisenswerte Destination sowie das Anwerben von Veranstaltern jeglicher Art wird durch Bern Tourismus (BET) ausgeführt. BET erhält dafür aktuell rund 880'000.00 Franken jährlich aus der Stadtkasse.

Bern ist allerdings nicht die einzige Stadt, welche den Tourismus als wichtigen Wirtschaftsfaktor identifiziert hat. Entsprechend intensiv ist der Wettbewerb zwischen den Städten, aber auch unter den Tourismusdestinationen generell. Soll Bern seine Stellung als attraktive Touristenstadt behalten oder gar noch ausbauen, ist eine verstärkte Vermarktung unumgänglich. Dies wird auch vom Gemeinderat anerkannt, entsprechend schlägt er vor, BET mit mehr finanziellen Mitteln (rund 1 Mio. Franken jährlich) auszustatten.

Die Fraktion FDP begrüsst die Absicht des Gemeinderates, die Tourismusbranche zu stärken und BET künftig mit mehr Mittel zu alimentieren. Wir lehnen aber die Schaffung einer zusätzlichen Gewerbesteuer klar ab. Mag der Gemeinderat auch verharmlosend von einer „Förderabgabe“ sprechen, das Resultat ist klar: Einmal mehr werden die lokalen KMU zur Kasse gebeten. Dies macht Bern – leider einmal mehr – für Gewerbetreibende unattraktiv, einmal mehr laufen wir Gefahr, dadurch weitere Arbeitsplätze und Steuereinnahmen zu verlieren.

Um in der hart umkämpften Tourismusbranche trotzdem bestehen zu können, soll der Gemeinderat im Interesse der Stadt anstelle einer zusätzlichen Steuer die Erhöhung der jährlichen Subventionsbeiträge für BET um 1 Mio. Franken ins Auge fassen. Die Erhöhung der Subventionszahlungen um 1 Mio. Franken entspricht 0.1%) des städtischen Budgets, entsprechend sollte es möglich sein, diese durch Minderausgaben zu kompensieren.

Die Fraktion FDP beauftragt den Gemeinderat:

- Mit Bern Tourismus unverzüglich Verhandlungen über einen neuen Leistungsvertrag aufzunehmen. Dabei wird eine Erhöhung der Leistungsabgeltung von max. CHF 1 Mio. angestrebt.
- Die Mehrausgaben werden verwaltungsintern durch Minderausgaben kompensiert.

Bern, 02. Juli 2009

Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Philippe Müller, Dolores Dana, Mario Imhof, Jacqueline Gafner Wasem, Pascal Rub

Antwort des Gemeinderats

Im Januar 2006 hat der Gemeinderat die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik mit der Konzepterarbeitung einer kommunalen Tourismusförderungsabgabe (TFA) unter aktiver Mithilfe der Präsidialdirektion und von Bern Tourismus beauftragt.

Gemäss Konzeptentwurf der Universität Bern vom 24. August 2006 zur Einführung einer Tourismusförderungsabgabe in der Stadt Bern und des Gemeinderatsauftrags vom Januar 2006 wurden die Arbeiten in 5 Schritten (1. Konzeptentwurf, 2. Grundlagen TFA-Mechanismus und Verteilschlüssel, 3. Detailkonzept, 4. Vorbereitung zur Vernehmlassung, 5. Vernehmlassung) vorangetrieben.

Im Juni 2007 hat der Gemeinderat, im Anschluss an den Bericht zur Einführung einer kommunalen Tourismusförderungsabgabe (TFA), die Präsidialdirektion (Wirtschaftsförderung) beauftragt, die Vorbereitungen zur Vernehmlassung (Schritt 4), begleitet durch Herrn Prof. Dr. Hansruedi Müller, Direktor des Forschungsinstituts für Freizeit und Tourismus der Universität Bern, zu veranlassen.

Mit Schreiben vom 21. September 2007 hat die Wirtschaftsförderung in einer ersten Runde die wichtigsten betroffenen Wirtschafts- und Branchenorganisationen (Bern Tourismus, HIV Sektion Bern, GastroBern, BERNcity, bernhotels) um eine Stellungnahme zu den unterbreiteten Grundlagen zur Tourismusförderungsabgabe gebeten. Weiter hat zum gleichen Thema am 25. Januar 2008 eine Sitzung des Vorstands von Bern Tourismus (BET) stattgefunden, welcher die Bemühungen um die Einführung einer TFA unterstützte.

Mit Beschluss vom Mai 2009 hat der Gemeinderat die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (Wirtschaftsförderung) beauftragt, bei den betroffenen Verbänden, den politischen Parteien und den interessierten Kreisen das konkrete Vernehmlassungsverfahren über die Einführung einer Tourismusförderungsabgabe durchzuführen. Gleichzeitig beauftragte er die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie, ihm bis September 2009 Bericht über die Vernehmlassung und Antrag über das weitere Vorgehen zu stellen.

Folgende Parteien, bzw. Verbände/Organisationen, haben ihre Stellungnahme fristgerecht eingereicht: Grüne freie Liste der Stadt Bern (GFL), Grünes Bündnis Stadt Bern (GB), Sozialdemokratische Partei Stadt Bern (SP), Arbeitnehmer und Rentnerpartei (ARP), Evangelische Volkspartei der Stadt Bern (EVP), Junge SVP Stadt Bern, BDP Stadt Bern, FDP Stadt Bern, SVP Stadt Bern, Handels- und Industrieverein des Kantons Bern, Sektion Bern, BERNcity, GastroStadtBern und Umgebung, Hotellerie Bern+ Mittelland, KMU Stadt Bern - Gewerbeverband, Bern Tourismus, Gewerkschaftsbund der Stadt Bern und Umgebung.

Es war in der Vernehmlassung unbestritten, dass Bern Tourismus zur Förderung des Tourismus mehr Mittel zur Verfügung stehen sollen. Eine Mehrheit der begrüssten Parteien und Organisationen spricht sich in diesem Zusammenhang dafür aus, dass die zusätzlichen Mittel, die Bern Tourismus zur Verfügung stehen sollen, über eine Tourismusförderungsabgabe generiert werden sollen. Einzelne stehen einer neuen Steuer negativ gegenüber und wünschen, dass zusätzliche finanzielle Mittel aus den Steuereinnahmen der Stadt Bern und aus Mitgliederbeiträgen bereitgestellt werden müssen.

Dabei ist die Mehrheit der Ansicht, dass die Einführung einer TFA unter keinen Umständen dazu führen darf, dass die Stadt Bern ihren jährlichen Beitrag im Rahmen der Leistungsvereinbarung streicht oder mindert. Es wird gefordert, dass sich die Stadt nicht aus der Finanzierung von Bern Tourismus zurückzieht.

Einige sind der Meinung, dass es sich bei der TFA letztlich bloss um eine weitere Abgabe respektive Steuer handelt, welche das Gewerbe zu tragen hat und welche die Attraktivität der Stadt Bern für Gewerbetreibende weiter vermindert. Es gilt jedoch zu beachten, dass eine Erhöhung der jährlichen Subventionsbeiträge für BET um 1 Mio. Franken aus Steuermitteln finanziert werden müsste, welche naturgemäss durch alle Steuerzahlenden gleichmässig zu tragen ist. Eine TFA, wie sie vorgesehen ist, generiert die zusätzlichen Mittel jedoch über diejenigen Betriebe, die einen gewissen Grad an Tourismusabhängigkeit aufweisen. Sehr viele Betriebe würden dabei sogar von einer Abgabe befreit.

Eine Besonderheit gilt es in Sachen Hotellerie sicherzustellen. Das Modell wird derart ausgestattet, dass diese auch nach der Einführung einer Tourismusförderungsabgabe im gleichen Ausmass belastet wird wie bisher. Allenfalls soll hierzu die Einführung einer zusätzlichen Stufe (Tourismusabhängigkeit über 50 %) in Betracht gezogen werden.

Bis im Februar 2010 wird die Botschaft zur entsprechend notwendigen Volksabstimmung seitens Gemeinderats verabschiedet. Es ist aus heutiger Sicht und angesichts des fortgeschrittenen Stadiums der Arbeiten und Abklärungen nicht ersichtlich, warum dieser Prozess, welcher breit abgestützt ist und in einer Volksabstimmung endet, nun abgebrochen werden sollte, haben doch der Stadtrat und die Stimmberechtigten die Möglichkeit, zum entsprechenden Zeitpunkt Stellung zu nehmen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 16. Dezember 2009

Der Gemeinderat